

## Politische Kriegsberichterstattung

Als am frühen Morgen des 7. Dezember 2022 bundesweit rund 3.000 Polizisten ausrückten, um bei mutmaßlichen „Reichsbürgern“ und anderen vermeintlichen Verschwörern, die einen Umsturz geplant haben sollen, Durchsuchungs- und Haftbefehle zu vollstrecken, waren vorab offenbar ausgesuchte, linientreue Journalisten über die staatlichen Maßnahmen informiert worden. Sie traten auf wie eingebundene Berichtersteller im Rahmen eines Kriesgeinsatzes. Die öffentliche Aufmerksamkeit war maximal, und es mangelte nicht an frischem Bild- und Video-Material.

Die Angeschuldigten wurden dabei der Medienmeute regelrecht vorgeführt. Ihre Bilder bei den Festnahmen gingen um die Welt.

Die Einbeziehung der Medien in diese staatlichen Aktivitäten legt den Verdacht einer politisch motivierten Inszenierung nahe. Die damit einhergehenden öffentlichen Effekte waren offenbar wichtiger als die Verfolgungsmaßnahmen selbst. Dafür, dass in der Öffentlichkeit „etwas hängen bleibt“ insbesondere von der Annahme, die AfD habe irgendetwas mit gewaltsamen Putschplänen zu tun, ist bereits jetzt umfassend gesorgt - unabhängig von der Frage, wie die verschiedenen Strafverfahren weitergehen werden.

Es gilt, sich einer Radikalisierungsspirale zu entziehen und auf die Absurdität der Inszenierung mit größtmöglicher Sachlichkeit zu reagieren. Aufklärung und Gegenöffentlichkeit sind das Gebot der Stunde!

*Manfred Rouhs*



Standbild aus einem Youtube-Video: Öffentliche Vorführung eines Tatverdächtigen, der bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten ist.

## Reichsbürgerrazzia: Medienspektakel war rechtswidrig

Der Kölner Medienrechtler und Rechtsanwalt Dr. Christian Conrad geht in einer durchaus lesenswerten Veröffentlichung bei der „Legal Tribune Online“ der Frage nach, ob es sich hierbei um ein „rechtswidriges Medienspektakel“ handelt. Dabei setzt er sich nicht nur mit der „Verletzung von Dienstgeheimnissen“ und möglichen Verstößen gegen Verschwiegenheitspflichten auseinander, sondern auch mit den „Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)“, die auf dem § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes basieren. Darin heißt es:

*„Der Staatsanwalt vermeidet alles, was zu einer nicht durch den Zweck des Ermittlungsverfahrens bedingten Bloßstellung des Beschuldigten führen kann.“*

Legt man diesen Maßstab auf die omnipräsenten Bilder der Maßnahmen vom 7. Dezember 2022 an, dann fällt es schwer, eine gewisse Schieflage zu übersehen. Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Grundgesetz ein demokratischer Rechtsstaat. Grundlage jeder Rechtstaat-

lichkeit ist die Gewaltenteilung, insbesondere die Trennung von Judikative (Justiz) und Legislative (Politik). Zu den Aufgaben der Verantwortlichen im Justizbetrieb gehört es, alles zu vermeiden, was eventuell geeignet sein könnte, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erzeugen, die Judikative sei eine Propagandaabteilung des Politikbetriebs.

Eben dies ist im Zusammenhang mit den staatlichen Maßnahmen vom 7. Dezember 2022 ganz offensichtlich nicht gelungen. Das könnte den Verantwortlichen früher oder später auf die Füße fallen.

Die Aktion spricht demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn. Sie ist kein Zeichen von Stärke, sondern von der Schwäche der hier handelnden politischen und juristischen Akteure, die ganz offenbar eine demokratisch legitimierte, zuwanderungskritische Opposition fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Und die, wie es scheint, selbst keine demokratisch akzeptablen Mittel zur Konkurrenzabwehr mehr finden.



Bei der großen Reichsbürger-Razzia am 7. Dezember 2022 kamen jeweils rund 100 schwer bewaffnete Polizisten auf einen Festgenommenen. Dieselben waren größtenteils unbewaffnete Rentner, deren Adresse im Telefonbuch steht. Jetzt muss es Haftbefehle hageln, um den Aufwand zu rechtfertigen. | Urheber: Montecruz Foto (Libertinus) Berlin, CC BY-SA 2.0

**Deutschland absurd:**

# Umsturzpläne mit AfD-Beteiligung?

Seit der bundesrepublikanischen Staatsgründung im Jahr 1949 wird in Deutschland das Aufkommen politischer Opposition mit Geheimdienstmethoden verhindert. Sobald sich Menschen in einem Raum oder auf der Straße versammeln, um eine Alternative zu den herrschenden politischen Kräften herauszubilden, gesellen sich bezahlte Agenten zu ihnen, deren Aufgabe darin besteht, das Unternehmen in Misskredit zu bringen oder sogar verbotsreif zu machen.

Das ist bei der AfD nicht anders als zuvor bei den Republikanern und der NPD. Auf politische Inhalte kommt es dabei nicht an. Falls die nicht passend verfassungsfeindlich sind, werden sie passend gemacht.

Im Mittelpunkt der aktuellen Verschwörung stehen Heinrich XIII. Prinz Reuss zu Köstritz, der Eigentümer des Jagdschlusses Waidmannsheil bei Bad Lobenstein in Thüringen ist, und die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete und

Richterin am Landgericht Berlin Birgit Malsack-Winkemann. Die beiden seien führende Köpfe eines deutschlandweiten Netzwerkes, das einen bewaffneten Umsturz geplant habe, meint die zuständige Staatsanwaltschaft. Die „Bild“-Zeitung bilanziert am Abend des 7. Dezember 2022 den großen Schlag der wackeren Staatsorgane gegen die rechte Bedrohung wie folgt:

*„Seit den frühen Morgenstunden gehen Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) und Spezialeinheiten wie die GSG 9 und mehrere SEK bundesweit gegen die sogenannte Reichsbürger-Szene vor. Unter dem Decknamen Soko Schatten durchsuchen rund 3000 Einsatzkräfte 137 Objekte von 52 Beschuldigten. Es soll 25 Festnahmen gegeben haben.“*

Zu den Festgenommenen gehören mehrere AfD-Mitglieder. Falls die Geheimdienste gute Arbeit geleistet haben und das ganze Terrorkonstrukt nicht zeitnah als absurd entlarvt wird und in sich zusammenbricht, dürfte jetzt der Aufnahme der AfD in die „Verfassungsschutzberichte“ des Bundes und der Länder nichts mehr im Wege stehen. Da helfen auch die angekündigten Parteiausschlussverfahren nichts, denn die kommen zu spät und können als taktisches Manöver abgetan werden.

Im digitalen Zeitalter ist die bloße Planung eines bewaffneten Umsturzes leicht und ohne Verletzungsrisiken inszenierbar. Im Schloss des Prinzen werden gewiss ein paar alte Jagdflinten herumstehen, das sollte für den Nachweis der Bewaffnung ausreichen. Zur Illustration verschiedener Medienberichte reichten sogar sichergestellte Luftgewehre und Messer aus, die jeder Erwachsene legal besitzen darf. Alles weitere wird in geschlossenen Chatgruppen erledigt. Etwas Schwadronieren hier, ein paar Kraftworte und Verwünschungen dort – schon steht der Umsturzplan, so absurd er auch sein mag. Für Durchsuchungen, Festnahmen

und gewiss auch einige Verurteilungen reicht es allemal.

Bemerkenswert ist, wie dick im Falle der AfD jetzt aufgetragen wird.

Bei der NPD hatte sich der Verfassungsschutz noch mit Verbalradikalismen begnügt, die von führenden Parteifunktionären, die V-Leute der Behörde waren, auf geduldiges Papier aufgeschrieben wurden. Die letzte politische Partei, der in Deutschland Umsturzpläne nachgewiesen werden konnten, war die Sozialistische Reichspartei (SRP), die vom Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes 1952 verboten wurde. Ihr Vorsitzender Dr. Fritz Dorls war V-Mann des „Verfassungsschutzes“. Um ein reibungsloses Verbotverfahren sicherzustellen, beauftragte Dorls einen Geheimdienstkollegen mit der rechtlichen Vertretung der Partei vor dem Bundesverfassungsgericht: Der V-Mann und Rechtsanwalt Dr. Rudolf Aschenauer machte Nägel mit Köpfen und ließ die Justizposse glatt durchlaufen.

Mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hatte offenbar damals wie heute keiner der verantwortlichen Akteure irgendetwas im Sinn.

Wer dir politische Klasse durch die erfolgreiche Teilnahme an Wahlen herausfordert, wird als Verfassungsfeind abgestempelt und ins Visier der Geheimdienste genommen. Dabei kann es offenbar, wie wir in diesen Tagen erleben, durchaus auch brachial zugehen.

Die aktuellen Ereignisse belegen, dass sich Deutschland seit der geheimdienstlichen SRP-Verbotsinszenierung von 1952 in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht von der Stelle bewegt hat. Die Verwirklichung von Demokratie bleibt damit in Deutschland eine revolutionäre Herausforderung: Ein Akt des Widerstands, der nicht mit, sondern nur gegen den etablierten Politikbetrieb möglich ist.

## Wer durchschaut das Schauspiel?

# „Die Razzia wirkt wie eine PR-Aktion“

► **Der bundesweite Einsatz von rund 3.000 Beamten gegen einen angeblich von sogenannten Reichsbürgern geplanten Umsturz war der größte seiner Art seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.** Nun hagelt es Festnahmen, was wohl auch kaum anders vorstellbar wäre, denn der betriebene Aufwand muss gerechtfertigt werden. Die Inszenierung pfeift dabei so laut aus allen Ritzen, dass schon jetzt kritische Stimmen laut werden, lange bevor das Schauspiel als durchschaut und aufgeklärt gelten kann.

Dem bekannten Publizisten Jan Fleischhauer ist die Sache offenbar nicht geheuer. Er twittet:

*„Das ist sicherlich das erste Antiterrorevorverfahren, bei dem man jeder Redaktion in Deutschland, die eine Kamera tragen kann, die Liste der Beschuldigten hat zukommen lassen, damit sie rechtzeitig vor Ort ist, um, ganz konspirativ, die Festnahme zu dokumentieren.“*

Einer seiner Kommentatoren fragt spitz: *„Werden die ganzen Redaktionen ab jetzt auch eingeladen, wenn man irgendwelche Clans hochnimmt oder ist das dann doch zu gefährlich?“*

Woraufhin Erika Steinbach bemerkt: *„Clans nimmt man doch nicht hoch - wäre zu gefährlich.“*

Stirnrunzeln stellt sich offenbar zum Teil aber auch dort ein, wo Politik, Justiz und Massenmedien eher Applaus

erwartet hätten. Beispielsweise bei Martina Renner (Foto), der Sprecherin für Antifaschistische Politik der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag. NTV zitiert sie mit der Äußerung: *„Die Razzia wirkt wie eine PR-Aktion.“*

Die Durchsuchungen und Festnahmen seien nicht wirklich geheim gewesen, behauptet die Bundestagsabgeordnete den Angaben zufolge:

*„Ich selbst wusste seit Mitte letzter Woche bereits davon und weiß außerdem von mehreren Medien, die schon seit zwei Wochen Kenntnis hatten. Es waren die Namen der Beschuldigten bekannt, ihre Adresse und der geplante Zeitpunkt des Zugriffs.“*



Foto: Martina Renner | Urheber: Wahlkreismitarbeiter Renner, CC BY-SA 4.0

Waffen wurden bei der großangelegten Aktion kaum gefunden. Von den Tatverdächtigen sah offenbar niemand eine Veranlassung, sich vor der Polizei zu verstecken: Die vermeintlichen Umstürzler stehen im Telefonbuch und wohnen reihum dort,

wo sie gemeldet sind. Konspirativ geht anders. Die Unterschiede zur RAF in den 1970er Jahren sind schwer zu übersehen.

Wer politisch einigermaßen durchblickt, kann nicht übersehen, dass bei diesem Unternehmen irgendetwas nicht stimmt. Bei Otto Normalverbraucher dagegen bleibt der Eindruck hängen, die AfD habe irgendetwas mit Terrorismus und Umsturzplänen zu tun. Und das dürfte wohl auch genauso beabsichtigt sein.

# Marokkaner-Aufstand in Brüssel

► Jedes Spiel der marokkanischen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Katar nahmen marokkanische Fußballfans zum Anlass für umfangreiche Ausschreitungen in Brüssel und anderen flämischen sowie niederländischen Städten. Sie setzten Autos in Brand, zündeten Böller, verwüsteten ganze Straßenzüge und griffen Polizisten an.

Die sinnlose Randalie begann als Freudenfest über marokkanische Fußball-Erfolge. Als dann die feiernden marokkanischen jungen Männer Polizisten bemerkten, griffen sie unvermittelt an und entwickelten wilde Straßenschlachten.

Dieses Szenario wiederholte sich an verschiedenen Orten, ohne dass die randalierenden Gruppen Kontakt oder Zeit gehabt hätten, um sich abzusprechen. In ihnen sitzt offenbar ein tiefer Hass gegen die europäische Mehrheitsgesellschaft, ihre staatlichen Institutionen und Polizisten als deren Repräsentanten. Die aufgestaute Frustration und Aggression brauchte dann offenbar nur einen auslösenden Funken, um sich zu entladen.

In Brüssel gingen Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Randalierer vor, nachdem sie Autos auf's Dach gedreht, E-Scooter zerstört und Schaufensterscheiben eingeworfen hatten. Dabei wurden mehrere Menschen verletzt, darunter ein Journalist, der offenbar von einem Böller getroffen worden war.

Etwa ein Dutzend Marokkaner sollen festgenommen worden sein. Ansonsten konzentrierte sich die Polizei darauf, die an das Ausschreitungsgebiet angrenzenden Straßen und die dazugehörigen Metrostationen abzusperren.

Auch im Staate Belgien ist also die Polizeistrategie im Umgang mit dem zugewanderten Gewaltpotential grundsätzlich defensiv. Dass ein solches Vorgehen von den einschlägigen Problempersonen als ein Zeichen von Stärke gewertet wird, das zur Umkehr anhält, darf getrost bezweifelt werden.



**Bei Ausschreitungen marokkanischer Fußballfans in Brüssel sind Autos in Brand gesetzt und Menschen verletzt worden.** | Foto: Standbild aus einem Youtube-Video von Euronews.

## Corona-Ausgangssperren waren rechtswidrig

► Das Bundesverwaltungsgericht hat eine der ersten Ausgangssperren am Beginn der Coronamaßnahmen im März 2020 für rechtswidrig erklärt. Wir erinnern uns: Damals herrschte allgemeine Panikstimmung, und die Politik klotzte Notfallmaßnahmen raus, die mit heißer Nadel gestrickt waren. Wer sie in Frage stellte oder gar missachtete, wurde zu einem Fall für Polizei und Verfassungsschutz.

Eine dieser Maßnahmen ist jetzt vom Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt worden. Dabei geht es um die Bayerische Corona-Schutzverordnung vom 27. März 2020 (BayIfSMV), die das

Verlassen der eigenen Wohnung ohne wichtigen Grund verboten hat. Wie das höchste deutsche Verwaltungsgericht am 22. November 2022 entschied, war diese Verordnung unverhältnismäßig (Az. 3 CN 2.21).

Das ist eine gute Nachricht für jeden, der im Zusammenhang mit Coronamaßnahmen in einen Konflikt mit den Behörden gekommen ist. Gilt es doch, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob diese Maßnahmen überhaupt geeignet waren, eine Epidemie einzudämmen, und ob die Eingriffe verhältnismäßig waren.

Im bayerischen Fall waren sie das offenbar nicht. Die Begründung des Bundesverwaltungsgerichts fasst die „Legal Tribune Online“ wie folgt zusammen:

*„Nach den strengen Regelungen durften sich die Menschen in Bayern nicht mehr einfach so an der frischen Luft aufhalten - auch nicht alleine. Es sei nicht ersichtlich, inwiefern das für die Hemmung der Virusübertragung erforderlich und damit im Sinne von § 32 Satz 1 i.V.m. § 28 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes in der damaligen Fassung notwendig gewesen ist, befanden die Richter. Als mildere Maßnahmen seien hier anderweitige Beschränkungen des Kontakts in Betracht gekommen.“*

Das Urteil vom 22. November 2022 ist eine schallende Ohrfeige für den bayerischen Gesetzgeber.

## IMPRESSUM

Herausgeber:

**Signal für Deutschland e.V.**

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von

EUR 60,00 jährlich enthalten.



Polizisten bei der Spurensicherung am Tatort. Der Mord löst bundesweit Entsetzen aus und wurde durch die (zufällig?) zwei Tage später erfolgende Reichsbürger-Razzia aus der massenmedialen Wahrnehmung verdrängt. | Foto: Standbild aus einem Youtube-Video von Euronews.

# Messermann ermordet 14-Jährige bei Ulm

## Die grausame Wirklichkeit des Multi-Kulturalismus

► Am frühen Morgen des 5. Dezember 2022, gegen 7:30 Uhr, stach ein Asylbewerber in dem kleinen Ort Illerkirchberg südlich von Ulm mit einem Messer auf zwei Schulumädchen ein, die eine 14, die andere 13 Jahre jung. Der beschauliche kleine Ort ist im Schock erstarrt. Polizei und Notarzt waren sofort zur Stelle. Während die 13-Jährige schwer verletzt überlebte, starb die 14-Jährige im Laufe des Tages im Krankenhaus. Die Medien berichteten bundesweit über den Fall.

Die Mädchen waren auf dem Weg zum Bus, der sie zu ihrer Schule in der Nachbargemeinde fahren sollte. In der Nähe des Tatortes befindet sich ein Asylbewerberheim. Die Polizei teilt mit, den mutmaßlichen Täter, einen 27-jährigen Asylbewerber aus Eritrea, und zwei weitere Personen in dem Heim festgenommen zu haben.

Die entsetzliche Tat bestätigt wieder einmal zweierlei: Die deutsche Bevölkerung zahlt einen hohen Preis für die mul-

ti-kulturellen Ambitionen der politischen Klasse. Und die Massenmedien täuschen die Öffentlichkeit größtenteils durch Totschweigen über die Kosten des Multi-Kulturalismus hinweg.

Morde wie dieser werden regelmäßig in den überregionalen Hauptnachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Medien nur kurz thematisiert. Die überlebenden Opfer und ihre Familienangehörigen werden allein gelassen. Stattdessen werden Jahrestage ausländerfeindlicher Anschläge begangen und Stolpersteine zur Erinnerung an eine tatsächliche oder vermeintliche deutsche Schuld von vorgestern verlegt und gefeiert.

Otto Normalverbraucher lebt dadurch in einer Scheinwelt, die ihre Legitimation aus Selbstanklagen und einem permissiven Geschichtsbild bezieht. Der aktuelle Niedergang Deutschlands auf allen Ebenen ist die logische Folge eines solchen negativen Selbstverständnisses.

► **Im Innenministerium von Nancy Faeser (SPD, Foto) arbeiten Beamte an einem Plan zur Erleichterung der Einbürgerung.** „Die Innenministerin will deutsche Pässe verramschen“, schreibt dazu die „Bild“-Zeitung. Das Vorhaben hat das Potential, Deutschland mehr Schaden zuzufügen als irgendeine andere Aktivität einer deutschen Regierung seit 1949.

Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren wurden, sollen der Veröffentlichung zufolge automatisch Deutsche werden, falls die Eltern bei der Geburt mindestens fünf Jahre lang ihren „rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt“ in Deutschland hatten. Das Abstammungsprinzip ist damit erledigt. Eingeschlossen in eine solche Regelung wären nicht nur, aber auch alle Syrien-Flüchtlinge, die seit 2015 den Weg nach Deutschland gefunden haben und immer noch nicht heimgekehrt sind.

Gleichzeitig soll bereits nach fünf Jahren - nicht wie bislang nach acht Jahren - jeder Ausländer, der sich legal in Deutschland aufhält, die Einbürgerung beantragen können. Ab 67 Jahren wird dabei kein Sprachtest mehr verlangt, falls die Pläne tatsächlich umgesetzt werden. Auch wird keine Einordnung der Neubürger in die deutschen Lebensverhältnisse mehr verlangt. Damit steht der Vielweiberei nichts mehr im Wege.

Und die Regel, nach der Doppelstaatsbürgerschaften nur in begründeten Ausnahmefällen möglich sind, soll nicht mehr gelten. Die doppelte Staatsbürgerschaft könnte dadurch in einigen Jahren zum Regelfall für Millionen wahlberechtigte neue deutsche Staatsbürger werden.

Das rot-grüne Milieu will durch eine solche ungefragte Masseneinbürgerung offenbar ihre Wählerbasis langfristig verbreitern. Frei nach Bertolt Brecht: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

**Regierung plant Einbürgerungs-Tsunami:**

# Syrer sollen automatisch Deutsche werden



Foto: Bundesinnenministerin Nancy Faeser | Urheber: Olaf Kosinsky, CC BY-SA 3.0